

Kriegstüchtiges Land – Eine konkrete Dystopie

(Red. globalbridge) Während wir alle weiterhin unserem gewohnten Alltagstrott gemächlich nachgehen, wird hinter unserem Rücken unser Land auf allen Ebenen „kriegstüchtig“, nein: „kampfkräftig“ gemacht. Geht diese Entwicklung ungehindert so weiter, dann werden wir in wenigen Jahren Deutschland – auch ohne Krieg – nicht mehr wiedererkennen.

„Immer häufiger hört man Stimmen, die einen Krieg und die Anwendung von Gewalt für akzeptabel halten. Wieder wird das Loblied auf Atomwaffen gesungen. Es liegt Krieg in der Luft! Um der Macht willen, sind die Falken zu allem bereit. Wenn die Folge der Politik Krieg ist, dann nieder mit dieser Politik! Kommt endlich zur Vernunft. Hört auf! Jede Aktion ist zu stoppen, die uns einer Katastrophe näher bringt – das ist das Gebot für verantwortungsvolle Politiker.“ (Michail Gorbatschow, März 2020) Die Zielmarken sind gesetzt: Spätestens 2030, am besten aber schnellstmöglich – am allerbesten natürlich ab gestern – soll unser Land „kriegstüchtig“, nein: kampfkraftig sein. Und das wird gravierende Konsequenzen für die gesamte Bevölkerung haben. Für uns alle.

Um sich dies im Einzelnen näher auszumalen, bedarf es keiner Glaskugel. Es reicht völlig, eins und eins zusammenzuzählen. Die ersten Ansätze sind bereits überall sichtbar, der Zug fährt längst schon mit Volldampf in die falsche Richtung. Im schlimmsten Falle in den Abgrund.

Wehrpflicht? – „Freiheitsdienst!“

Fangen wir mit dem Naheliegendsten an, der Wehrpflicht. Und machen wir uns nichts vor: Natürlich wird die Wehrpflicht wieder eingeführt werden! (Die „Teilverpflichtung von Teiljahrgängen“, wie unser Kriegstüchtigkeitsminister – dessen Namen man am Sinnigsten mit chinesischem Akzent aussprechen sollte – kürzlich bei Caren Miosga radebrechte, ist ja nur Teil der berühmten „Salamitaktik“.) Die junge Generation, Männer und Frauen, hat sich trotz einschlägiger Werbekampagnen und Lockvogelangebote vernünftigerweise bislang als nicht besonders kriegsfreudig erwiesen, so dass offiziellerseits noch ein wenig nachgeholfen werden muss. Anders kommt die künftig „woke und wehrhafte“ Truppe



Link zu:
[Seniora.org](https://seniora.org) -
*Kriegstüchtiges Land –
Eine konkrete Dystopie*

nicht auf die nötige Zahlenstärke der angepeilten 460.000 Soldat-Doppelpunkt-innen: 250.000-260.000 Aktive und 200.000 Reservierende. (Die Frage, ob diese Stärke überhaupt noch mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag vereinbar ist, der im September 1990 die Modalitäten der deutschen Vereinigung regelte und in dem Deutschland sich verpflichtete, die Zahl von insgesamt 370.000 Soldaten nicht zu überschreiten, scheint hier bezeichnenderweise keinen groß zu interessieren. Man darf jetzt schon auf die argumentative Akrobatik gespannt sein, mit der dieser offensichtliche Vertragsverstoß dann propagandistisch überhöht wird!)

Aber dabei wird es nicht bleiben. Da man schon mal dabei ist und der „Operationsplan Deutschland“ nicht nur eine kampfkraftige Bundeswehr, sondern – „Heimatfront und Frontlinie“ sind ja jetzt ein und dasselbe – auch eine resiliente Bevölkerung einfordert, wird man als eleganteste Lösung gleich den ‚postmodernen Arbeitsdienst für die bunt-diverse Gesellschaft‘ einführen. Die GRÜNEN, avantgardistisch wie immer, haben auch schon längst den passenden Namen dafür: „Freiheitsdienst“! Auf diese Weise werden nicht nur unsere Soldaten, sondern gleich die gesamte Gesellschaft – inclusive, sollte es diese Option noch weiter geben, künftige Kriegsdienstverweigerer – kriegstüchtig gemacht. Mit einem Wort: Alle haben dann ihre Aufgabe, alle ihren Platz, Gesamtdeutschland steht wie ein Mann, ääh: Mensch, stramm gegen den (alten und neuen) Feind!

Kriegsbereite Infrastruktur

Parallel dazu wird, 1,5 Prozent des BIP stehen dafür ab jetzt ja jährlich zur Verfügung, die zivile Infrastruktur kriegstauglich gemacht. Straßen, Schienen, Gewässer, Brücken, Häfen, Flugplätze, Energieversorgung, nicht zu vergessen das gesamte Gesundheitssystem – alles wird erbarmungslos unter das Primat des

Militärs gestellt. Denn wenn, wie uns von den Leitmedien im täglichen Dauerstaccato eingehämmert, Putin spätestens 2030 Polen und/oder das Baltikum angreift, wird unser Land als „logistische Drehscheibe für die NATO“ fungieren. Auf Deutsch: Nicht nur die Bundeswehr, sondern auch andere NATO-Soldaten, nicht zuletzt die in Bremerhaven anlandenden GIs, werden samt Gerät quer durch Deutschland gen Osten ziehen, weshalb im Rahmen des Host Nation Support (HNS) zusätzlich zu den obigen Maßnahmen auch sogenannte Convoy Support Center (CSC) – Unterkünfte, Betankungsmöglichkeiten in Bundeswehrkasernen, Helikopterlandeplätze, die Nutzung von Übungsplätzen etc. – garantiert sein müssen.

„Dabei ist die Logistik in zwei Richtungen bedeutsam: Nicht nur, um Truppen und Nachschub wie Munition und Kraftstoffe in einen etwaigen Einsatzraum zu bringen, sondern auch, um etwa Verwundete zu transportieren.“ Für deren Versorgung – man rechnet mit täglich Tausenden – wäre Deutschland aufgrund seiner Lage ebenfalls von zentraler Bedeutung, so Oberstarzt Kai Schmidt. Und dafür wiederum muss, laut „Operationsplan Deutschland“, auch das gesamte Gesundheitssystem auf „Kriegstüchtigkeit“, will sagen: Kriegsmedizin umgekrempelt werden. Zivilpersonen werden dann, wenn überhaupt, nur noch „nachrangig“ behandelt. (Für die zu erwartenden toten Soldaten will die Bundeswehr schon mal 8.400 Body Bags bestellen: Leichensäcke, luft-, wasser- und gasdicht, aus Kunststoff, zum einmaligen Gebrauch. Nach dem besten Anbieter wird noch gesucht.)

Zivil-Militärische Zusammenarbeit

Wer sich ein Bild davon machen will, wie dies alles im Einzelnen aussehen könnte, darf als mündiger Bürger zwar nicht den geheimen „Operationsplan Deutschland“ einsehen, er sollte dafür aber unbedingt mal einen Blick in das „Grünbuch Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0“ werfen, das dankenswerterweise als pdf-File im Netz jederzeit abrufbar ist. Hier wird für das berühmte Frühjahr 2030 in einem Szenario, das, wie es heißt, „sich nach Ablauf und Umfang bewusst nicht am oberen Ende des

Möglichen bewegt, sondern einen eher geringen Truppenumfang von unter 100.000 Soldatinnen und Soldaten mit dem entsprechenden Großgerät und Material beschreibt“, alles akribisch und detailgenau durchgespielt: Vom russischen Säbelrasseln in Belarus und Kaliningrad, dem Anheben der nationalen Alarmstufen in Polen, Baltikum und Skandinavien über die Entsendung der 10. deutschen Panzerdivision nach Litauen bis zu Truppenverlegungen von Großbritannien, Frankreich, Kanada und USA in die übrigen baltischen Staaten und Polen – beim Szenario des NATO-Aufmarschs an der Ostflanke mit insgesamt etwa 60.000 Soldaten wird nichts vergessen!

Auch nicht eventuelle Sabotageaktionen von Kriegsgegnern. Konkret: Am 27. Mai 2030 rufen „nach massiven Kampagnen in den Sozialen Medien linke und rechte Gruppierungen zu Demonstrationen und Blockade von Brücken und Grenzübergängen auf, um einen Krieg mit Russland zu verhindern.“ Einen Tag später führen „Brandanschläge von Linksautonomen auf Stromverteilerkästen der Deutschen Bahn zu Unterbrechungen des Güterverkehrs, vor allem um Köln, Berlin und Oldenburg.“ (Eine Typologie möglicher Täter, von „Anfängern“ bis zu „Profis“, hat das Grünbuch bereits erstellt.)

Die für den reibungslosen Ablauf – Soldaten plus Equipment von West nach Ost, Verwundete und Tote retour – anvisierte enge Kooperation der Streitkräfte mit Verfassungsschutz, Polizei, Behörden, Zivil- und Katastrophenschutz, Rettungsdiensten, Gesundheitssystem und Freiwilligendiensten einer „resilienten Gesellschaft“ nennt sich (groß geschrieben): Zivil-Militärische Zusammenarbeit. Und man braucht kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass sich hier bei den Militärs à la longue mächtige und einflussreiche graue Eminenzen etablieren werden. Wetten, den künftigen „Ludendorff“ betreffend, werden noch angenommen.

„Kulturelle Umprogrammierung“ ...

Aber auch die stärkste konventionelle Armee Europas, auch die perfekteste kriegsbereite Infrastruktur in Kombination mit optimaler Zivil-Militärischer Zusammenarbeit – all dies bleibt freilich nur Stückwerk, solange die „Kriegstüchtigkeit“ nicht auch in den Köpfen (und Seelen) der mündig-resilienten Bürger angekommen und verankert ist. Die Stichworte lauten: „Gedankenwende“, „Mentalitätswechsel“, „Überschreiben der Pazifismus-DNA“, kurz: „kulturelle Umprogrammierung“. Denn anders werden Eltern ihre Töchter und Söhne – nein, nicht fürs Vaterland!, aber – für das Gemeinwesen wohl nicht „opfern“. Da trifft es sich gut, dass die NATO vor fünf Jahren die „Kognitive Kriegsführung“, den Kampf um die Köpfe, zum – nach Land, Wasser, Luft, Weltraum, digitale Sphäre – sechsten offiziellen Kriegsschauplatz erklärt hat! Zahllose NATO-gepamperte Start Ups junger Psychologieabsolvent-Sternchen-innen sind bereits dabei, die modernsten Propaganda- und Manipulationstechniken, pardon: Formen „strategischer Kommunikation“, für die nach-

haltige Umprogrammierung der Gehirne im Dienste der „Kriegstüchtigkeit“ zu kreieren. Damit die Bundeswehr endlich in der Gesellschaft ankommt – und die Söhne und Töchter an der Front. (Wo sie „für das Gemeinwesen“ im Worst Case nicht nur sterben, sondern vorher noch im allerhöchsten Auftrag russische Soldaten töten sollen.)

Dazu gehört es zum Beispiel, der von jeglichem Preußentum entrümpelten Armee ein wokes, TikTok-taugliches, popkulturell-veredeltes Image zu verpassen. Und dazu gehören nicht zuletzt auch weibliche Militärexpert:innen, die bei Lanz, Miosga, Maischberger & Co. endlich genauso ungeniert kriegsgeil schwadronieren, wie es ihre männlichen Kollegen bereits seit Urzeiten tun.

... und gleichgeschaltete Medienlandschaft

Und dazu gehört in allererster Linie eine möglichst wasserdicht gleichgeschaltete Medienlandschaft, die nahezu ausschließlich die offiziell gebotene Perspektive als Einbahnstraße kommuniziert. Die Folterinstrumente bei „Verbreitung russischen Narrativs“, „Delegitimierung des Staates“, „Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung“ und anderen Verbrechen – der EU-Digital Services Act (DSA), das Netzwerkdurchsuchungsgesetz, ein seit Herbst 2022 um die „Leugnung und Verharmlosung von Kriegsverbrechen“ erweiterter § 130 StGB (Volksverhetzung), § 129a StGB (Biligung terroristischer Vereinigungen), § 99 StGB (Geheimdienstliche Agententätigkeit) bis hin zu EU-Sanktionen am Rechtsweg schnurstracks vorbei – all diese Folterinstrumente stehen bereit, erste Exempel wurden bereits statuiert. Kurz: Nachdenkseiten, Overton, Globalbridge, Free21 etc. und deren Autor/inn/en sollten sich jetzt schon mal nach Alternativen im digitalen (und analogen) Exil umsehen!

Denn allerspätestens im Kriegsfall wird der Staat sich immer mehr von (s)einer repressiven Seite zeigen und die von ihm ergriffenen Maßnahmen zur Zerstörung eben jener Werte – „unsere Freiheit, unsere Sicherheit und unser Wohlstand“ – führen, die sie angeblich verteidigen sollen.

Massenverelendung nie gekanntes Ausmaßes
Aber irgendjemand muss ja, selbst wenn es keinen Krieg geben sollte, die billionenschwere waffentechnische, infrastrukturelle und psychologische Aufrüstung – „whatever it takes“ – einmal bezahlen... Zumal die deutsche Wirtschaft aufgrund suizidaler Abstrafungsaktionen in Richtung Kreml so schnell nicht wieder auf die Beine kommen wird.

Auch hier braucht man nicht allzu viel Phantasie: Die Inflation wird früher oder später galoppieren, die Sozialsysteme werden gnadenlos geschleift, alle staatlichen oder staatlich geförderten Institutionen – sofern sie nicht der primären oder sekundären Militarisierung dienen – zu Tode gespart. Die Bevölkerung wird in Form von neuartigen höchst kreativen Steuern oder Zwangsdiensten direkt oder indirekt zur Kasse gebeten. Natürlich werden, wie immer

bei solchen „Zeitenwenden“, einige sehr Wenige davon gewaltig profitieren – Superreiche, die noch reicher werden –, aber für das Gros der Bevölkerung, inclusive eines sich heute noch einigermaßen über Wasser haltenden Mittelstands, werden bislang ungekannte Zeiten anbrechen. Und bestimmt keine friedlichen.

Kurz: Wir werden – vorausgesetzt, die aktuelle Entwicklung setzt sich bruchlos fort – in wenigen Jahren unser Land, Deutschland, und große Teile der EU auch ohne Krieg nicht mehr wiedererkennen! Massenverelendung, klammste öffentliche Kassen und eine ramponierte (zivile) Infrastruktur – einschließlich des Gesundheits-, Bildungs- und Rentensystems – die es, sollte es nicht noch schlimmer kommen, gerade noch mit der Großbritanniens und der USA aufzunehmen vermag, werden unseren Alltag künftig bestimmen.

Wer schon mal einen (sanften) Vorgeschmack dessen erleben möchte, was uns allen in sämtlichen Lebensbereichen demnächst in extrem potenziert Form blühen wird, der sollte öfter mit der Deutschen Bahn AG reisen oder mit offenen Augen und Ohren durch bestimmte Stadtviertel der Hauptstadt schlendern.

PS: Kommando zurück: Tun Sie sich die Fahrten mit der Deutschen Bahn AG und die Berliner Erkundungen doch nicht an, wählen Sie lieber das Original und werden Sie Teil von Red Storm Bravo! Die Wirklichkeit war mal wieder schneller...

„Ende September“, meldet ZeitOnline vom 8. August, „wird es ernst im Hamburger Hafen. Dann proben dort Vertreter der Bundeswehr, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft, wie sie im Kriegsfall zusammenarbeiten. Mehr als 600 Menschen sind an dieser Übung namens Red Storm Bravo beteiligt, der Hafen wird für fünf Tage ihr Drehkreuz. Mit dabei: 75 Angestellte der Bundesagentur für Arbeit. Im Spannungs- und Verteidigungsfall erhalten sie nämlich ganz neue Aufgaben. Sie müssen dafür sorgen, dass alle wichtigen Jobs im Land besetzt sind. Zum Beispiel im Lazarett, beim Technischen Hilfswerk oder auch bei Rüstungsunternehmen. Dafür dürfen sie jeden Mann im wehrfähigen Alter (18 bis 60 Jahre) zum Arbeitseinsatz verpflichten – auch Kriegsdienstverweigerer. Frauen können lediglich zur Arbeit im Lazarett gezwungen werden. Zurück geht diese Regelung auf die Notstandsgesetze von 1968. Sie waren schon damals, in Zeiten des Kalten Krieges, hochumstritten, weil sie einen starken Eingriff in die Grundrechte eines jeden Bürgers darstellen. Schlimmstenfalls könnten Verweigerer im Gefängnis landen. Ausnahmen gelten lediglich für Mütter, die Kinder unter 15 Jahren betreuen, für pflegende Angehörige oder für Menschen mit Behinderung.“

Quelle: Globalbridge

<https://globalbridge.ch/kriegstuechtiges-land-eine-konkrete-dystopie/>

Mit freundlicher Genehmigung übernommen von Leo Ensel 08.08.2025

Kulturstaatsminister mit der Lizenz zum Lügen?

„Folterknechte“ der SED

Eine Dokumentation von Wolfgang Schmidt

E-Mail vom 14.08.2025

Sehr geehrter Herr Staatsminister Wolfram Weimer,

in der online-Ausgabe des „Tagesspiegel“ vom 13.08.2025 werden Sie wie folgt zitiert: Die Linkspartei sei „nicht irgendeine linke Gruppierung, sondern die direkte Rechtsnachfolgerin der SED – der Partei der Mauerbauer und Folterknechte in der DDR“

Es dürfte Ihnen allerdings schwerfallen, auch nur einen der angeblichen SED-Folterknechte namhaft zu machen. Denn Fakt ist:

MfS-General Dr. Gerhard Niebling stand in den 90er Jahren in der Bundesrepublik vor Gericht. Der Staatsanwalt hatte eine langjährige Haftstrafe gefordert und dies damit begründet, dass N. als Untersuchungsführer in der Hauptabteilung IX des MfS gefoltert hätte. Das Verfahren endete mit einem überraschenden Freispruch. Die Verteidigung hatte nachweisen können, dass die Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter keinen einzigen Fall von Folter in der DDR dokumentiert hatte. Diese Stelle hatte von 1961 bis 1992 Tausende in die BRD übergesiedelte DDR-Bürger systematisch befragt und deren Aussagen ausgewertet. Darunter befanden sich auch zahlreiche von der BRD freigeverkaufte DDR-Häftlinge.

Nach 1990 wurden ca. 100.000 Ermittlungsverfahren gegen ehem. DDR-Bürger eingeleitet. Kein einziger DDR-Bürger wurde wegen Folter angeklagt oder gar verurteilt, obwohl das nach DDR-Recht jederzeit möglich gewesen wäre.

Noch vor Eröffnung der „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ wurden dort nachträglich zwei Folterzellen eingebaut, angeblich rekonstruiert. Diese werden seit längerem nicht mehr gezeigt, da sich dafür - wie die Gedenkstätte selbst einräumt - keine Belege gefunden haben. Ein als „Stehfolterzelle“ deklariertes Mauerdurchbruch wird aus den gleichen Gründen nicht mehr präsentiert. Kein Geringerer als Ex-Bundespräsident Horst Köhler hatte sich vor Fernsehkameras in diesen Mauerdurchbruch gepfercht, um so die Leiden der MfS-Häftlinge zu veranschaulichen.

Der antifaschistische Grundkonsens der DDR schloss die Anwendung von Folter strikt aus. Unabhängig davon waren und sind Strafrechtswissenschaftler und Kriminologen der DDR übereinstimmend der Auffassung, dass durch Folter erpresste Geständnisse für die Wahrheitsfindung absolut wertlos sind. Kein Gericht der DDR hätte so erlangte Geständnisse als Beweismittel zugelassen.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, Kultur ist das Kerngeschäft Ihres Amtes. Hasspropaganda und Volksverhetzung sind jedoch Ausdruck von extremer Kulturlosigkeit.

Mit keineswegs freundlichen Grüßen

Wolfgang Schmidt

ehem. Sprecher des Insiderkomitees zur kritischen Aneignung der Geschichte des MfS

E-Mail-Antwort vom 01.09.2025

Sehr geehrter Herr Schmidt, als zuständiger Referatsleiter „Aufarbeitung des SED-Unrechts“ bin ich gebeten worden, auf Ihre E-Mail-Nachricht vom 14.08.2025 zu antworten. Das Verbot der Folter und grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung oder Strafe gehört zu den wichtigsten Menschenrechten. Umso bemerkenswerter erscheint mir Ihre Interpretation vielfältigen staatlichen Handelns in der DDR während der gesamten Zeit ihrer Existenz im Widerspruch zu diesen Prinzipien.

Entgegen dem Grundtenor Ihrer Darstellung war die DDR eben kein Rechtsstaat. Die DDR fußte von ihrer Gründung an auf der Unterdrückung rechtsstaatlicher Prinzipien. „Sozialistische Gesetzmäßigkeit“ (das Recht stand unter dem Vorrang der Politik) entsprach nicht den Anforderungen des Rechtsstaates. (die Politik steht unter dem Vorrang des Rechts). Ideologische Abweichungen wurden gemäß den Prinzipien des „demokratischen Sozialismus“ schwer geahndet. Aus politischen Gründen inhaftierte Menschen wurden physisch und psychisch unter Druck gesetzt und misshandelt, wie eine Vielzahl von Berichten Betroffener belegt.

Auch wenn Sie vermutlich meine Auffassungen nicht teilen werden, so gebietet doch der Respekt vor den politischen Häftlingen in Bautzen, in Hoheneck, in Hohenschönhausen und an anderen Haftorten, sicher auch vor den Kindern und Jugendlichen, die im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ deformiert werden sollten, ihrer Gefangenschaft, ihrer Leiden und ihres widerfahrenen Unrechts zu gedenken. Dies ist weder Hasspropaganda noch Volksverhetzung, sondern folgt Artikel I des Grundgesetzes, nach dem die Würde des Menschen unantastbar ist.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Thomas Lindner

Ministerialrat

Rückantwort per E-Mail vom 02.09.2025

Sehr geehrter Herr Dr. Thomas Lindner, leider weichen Sie mit Ihrer Antwort den von mir gestellten Fragen aus. Herr Dr. Weimer hatte die SED als Partei der Mauerbauer und

Folterknechte bezeichnet. Mauerbauer und Folterknechte also in einem Atemzug, so als gehörten Folterknechte genauso selbstverständlich zum Alltag der DDR wie die Mauer.

Da muss es doch legitim sein nachzufragen, wer denn diese Folterknechte waren, wo und wie sie agiert haben.

Mit einer Reihe von Fakten hatte ich versucht zu belegen, dass es in der DDR keine Folter und damit auch keine Folterknechte gegeben hat. Ergänzen möchte ich noch, dass die DDR meiner Kenntnis nach niemals von einem UN-Gremium (die Menschenrechtskommission eingeschlossen) wegen Menschenrechtsverletzungen kritisiert oder gar beschuldigt wurde. Folter ist international eindeutig definiert und war nach den Rechtsordnungen beider deutscher Staaten strafrechtlich zu ahnden. Es genügt deshalb völlig, sich auf gerichtlich nachgeprüfte und abgeurteilte Fälle von Folter in der DDR zu konzentrieren.

Fakten haben die Eigenschaft entweder wahr oder falsch zu sein. Man kann sie akzeptieren oder muss sie widerlegen. Mit Totschlagsargumenten lassen sie sich nicht aus der Welt schaffen.

Ohne irgendwelche Belege (über die Sie anscheinend nicht verfügen) ist die Etikettierung der SED als Partei der Folterknechte eine der denkbar bösartigsten Diffamierungen. Sie stellt zudem eine schwerwiegende Verletzung der Menschenwürde von ca. 2 Millionen ehemaligen SED-Mitgliedern dar.

Wolfgang Schmidt

Anfrage der Fraktion der Partei

DIE LINKE im Bundestag vom 18.08.2025

Schriftliche Frage des Abgeordneten Sören Pellmann, Frage 8/0171

Sind der Bundesregierung Verfahren oder Urteile bundesdeutscher Gerichte im Kontext der Verletzung des Folterverbotes bekannt, in denen ehemalige Bürger der DDR angeklagt oder verurteilt wurden, und wenn ja, um welche Fälle handelt es sich (www.tagesspiegel.de/politik/partei-der-mauerbauer-und-folterknechte-weimer-halt-afd-und-linke-gleichermassen-schlecht-fur-deutschland-14169239.html)?

Antwort zu Frage 8/0171 vom 25.08.2025

Es liegen keine Übersichten und Statistiken im Sinne der Fragestellung vor.

Nachfrage vom 26.08.2025

„Sehr geehrter Herr Staatsminister, vielen Dank für Ihre Antwort vom 25.8.25. Leider haben Sie meine Frage (eine klassische Entscheidungsfrage) nicht beantwortet. Ich habe nicht gefragt ob ihnen



„Übersichten und Statistiken im Sinne der Fragestellung“ vorliegen, sondern ob ihnen Verfahren oder Urteile bundesdeutscher Gerichte in dem in der Schriftlichen Frage formulierten Kontext bekannt sind. Ich hoffe auf eine der Frage entsprechenden Antwort. Mit besten Grüßen Sören Pellmann....“

Antwort darauf vom 22.09.2025

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, vielen Dank für Ihre Nachfrage vom 26. August 2025. Das Verbot der Folter und grausamer, unmenschlicher, erniedrigender Behandlung oder Strafe gehört zu den elementaren Menschenrechten. Staatliches Handeln in der DDR im Auftrag der SED stand jedoch während der gesamten Zeit ihrer Existenz im Widerspruch zu diesen Prinzipien. Ideologische Abweichungen wurden vom SED-Regime, insbesondere durch den Staatssicherheitsdienst, schwer geahndet. Aus politischen Gründen inhaftierte Menschen wurden physisch und psychisch unter Druck gesetzt und misshandelt, wie eine Vielzahl von Berichten Betroffener belegt. Der Respekt vor den politischen Häftlingen in Bautzen, in Hoheneck, in Hohenschönhausen und an anderen Haftorten, auch vor den Kindern und Jugendlichen, die im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ deformiert werden sollten, gebietet es, ihrer Gefangenschaft, ihrer Leiden und des ihnen widerfahrenen Unrechts zu gedenken und auch die Täterinnen und Täter klar zu benennen.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfram Weimer, Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Fazit: Keine Antwort ist auch eine Antwort. Zudem erhebt sich die Frage, wie jemandem mit einem derart gestörten Verhältnis zu Wahrheit und Wahrhaftigkeit die Regierungsverantwortung für Kultur und Medien übertragen werden kann.

Anmerkung:

MfS-Generalmajor Dr. Gerhard Niebling war von einem ehem. Untersuchungshäftling beschuldigt worden, dass er ihm bei einer Vernehmung mit der Faust ins Gesicht geschlagen habe. Da Aussage gegen Aussage stand, erschien sicher, wem das Gericht Glauben schenken würde. Der Staatsanwalt hatte eine hohe Haftstrafe (6 Jahre o.ä.) beantragt. Der Kläger war jedoch von der Zentralen Erfassungsstelle nach der Übersiedlung in die BRD befragt worden und hatte dabei keinerlei Angaben zu Misshandlungen in der MfS-Untersuchungshaft gemacht. Nebenbei wurde bekannt, dass diese Stelle keinen einzigen Fall von Folter in der DDR dokumentiert hatte.



Das ist die Losung, unter der sich am 3.10.25 Zehntausende in Berlin und Stuttgart versammelten, um gegen die Militarisierungs- und Aufrüstungspolitik der Bundesregierung und für Solidarität mit den Menschen im Gaza-Streifen zu demonstrieren.

Auch in Rostock und Umgebung hatten sich wieder Teilnehmer gefunden, die gemeinsam mit einem Reisebus nach Berlin fuhren. Mit dabei waren die Friedensfreunde aus dem Ostseebad Nienhagen, die Schwaaner Basisgruppe der Linken, Mitglieder des Karl-Liebnecht-Kreises Mecklenburg-Vorpommern und natürlich auch ISOR-Freunde aus den TIG Rostock und Kühlungsborn. Als wir gegen 13.00 Uhr am Bebelplatz in Berlin eintrafen, drängten sich dort schon Tausende zwischen Staatsoper und Juristischer Fakultät der Humboldt-Uni, die u.a. von Tino Eisbrenner und seiner Band auf die Kundgebung und die Demonstration eingestimmt wurden. Ralf Stegner erntete diesmal keine Pfiffe. Er hielt sich konsequent an den Inhalt des Aufrufes durch den Vorbereitungskreis und verwies auf das „Manifest“, das er gemeinsam mit einer Reihe prominenter SPD-Mitgliedern, darunter Rolf Mützenich, unterzeichnet hatte.

Dass die Vorbereitung nicht einfach war und viele Kompromisse geschlossen werden mussten, hatte sich intern bereits herumgesprochen. Umso beeindruckender das Gesamtbild der Veranstaltung.

Der Generalsekretär des BSW, Christian Leye, betonte, dass die Frage nach Krieg oder Frieden eine Klassenfrage sei. Ein Begriff, den andere, sich links wählende Politiker erst wieder lernen müssen.

Es war eindrucksvoller Demonstrationzug, der sich dann nach der Auftaktkundgebung in Bewegung setzte. Der Karl-Liebnecht-Kreis Mecklenburg-Vorpommern hatte sich so ziemlich an der Spitze des Zuges eingereiht. Dem Schrei-

ber dieser Zeilen fiel auf, dass auf dem vorausfahrenden Lautsprecherwagen Nr. 1 auf einmal Andreas Grünwald aus Hamburg, einer der Organisatoren, nicht mehr zu sehen war. Er berichtete selbst dazu:

„Bin heute übrigens gleich zweimal von der Polizei festgesetzt worden, was dazu führte, dass ich leider auf dem vorderen Lautsprecherwagen nicht noch ein paar kleine Reden während der Demo schmettern konnte, wie es eigentlich geplant war. Bin leider auf eine Provokation einer Berliner FDP-Frau hereingefallen, die offenbar regelmäßig Friedensdemonstranten, noch stärker solche, bei denen es um Palästina-Solidarität geht, in Berlin provoziert.“

Das wurde mir erst anschließend von Freunden aus Berlin im Bühnenbereich mitgeteilt und auch, wie eng diese Dame mit den Berliner Polizeieinsatzkräften paktiert, um solche Demonstrationen zu stören. Ich hatte sie - gekennzeichnet mit einer Ordnerbinde - dazu, aufgefordert, dies zu unterlassen und die Demo zu verlassen. Das reichte dann schon dazu mich abzuführen, so dass ich einen Teil der Demo dann nur noch aus einer anderen Perspektive erleben konnte.“

Aber auch solche Aktionen verhinderten nicht, dass die Veranstaltung ein grandioser Erfolg wurde. 20.000 Teilnehmer wurden in Berlin gezählt, an der Parallelveranstaltung in Stuttgart nahmen 15.000 Menschen teil.

An den Demonstrationenzug schloss sich noch eine Abschlusskundgebung an. Dabei trafen wir auch auf die Freunde von der Rostocker Friedensinitiative „1.000.000 Unterschriften für den Frieden“, die bereits wieder, unterstützt von der BSW-Jugend, viele Unterschriften gesammelt hatten.

Unsere Heimfahrt traten wir dann mit dem Bewusstsein an, den sogenannten „Tag der deutschen Einheit“ auf die bestmögliche Weise verbracht zu haben.

Gerdt Puchta, TIG Rostock



Unseren politischen Kampf für Rentengerechtigkeit unterstützen und einen Beitrag im Friedenskampf leisten

Wir Mitglieder der TIG Leipzig unterstützen vorbehaltlos die Initiativen unseres Vorstandes, insbesondere das Schreiben an Bundeskanzler Friedrich Merz, und die Initiativen anderer TIGs sowie von Einzelmitgliedern, unseren gerechten Kampf für die Anerkennung unserer Renten in Gänze fortzusetzen. Wir haben uns entschlossen, dazu unseren Beitrag zu leisten. Im September haben wir in einem Schreiben an alle Bundestagsabgeordneten der Region Leipzig unsere Forderungen zur Beseitigung des Rentenunrechts übermittelt und sie aufgefordert, das seit über 35 Jahren bestehende Rentenunrecht für uns als Angehörige der bewaffneten Organe der DDR, insbesondere für die Mitarbeiter des MfS/AfNS durch die Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die Schaffung gerechter, unsere Lebensleistungen anerkennenden Renten zu beseitigen. Natürlich haben wir uns in unserem Schreiben auch solidarisch zu den anderen vom Rentenunrecht betroffenen DDR-Bürgern verschiedenster Berufs- und Personengruppen erklärt.

Im Oktober haben wir inhaltlich gleichlautende Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden aller im sächsischen Landtag vertretenen Parteien mit der gleichen Zielstellung gerichtet. Hier appellierten wir an die Verantwortung der Abgeordneten des Freistaates Sachsen, ihr Recht des Einbringens gesetzlicher Vorlagen über den Bundesrat wahrzunehmen und für gerechte Renten einzutreten.

Wir sind der Überzeugung, dass es notwendig ist, die Maßnahmen des Vorstandes der ISOR e. V. im Territorium zu unterstützen und somit

den politischen Druck zu erhöhen. Wir erhoffen uns mit diesen Maßnahmen eine größere Öffentlichkeitswirksamkeit hinsichtlich des Bekanntwerdens des bestehenden Rentenunrechts und unseres legitimen Kampfes zu erreichen.

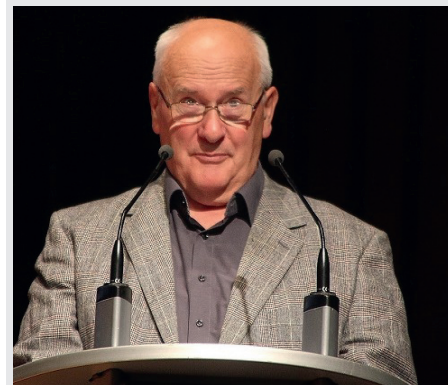
Eine weitere wichtige Initiative unserer TIG war dafür einzutreten, dass in den ostdeutschen Ländern für die konsequente Einhaltung der Festlegungen des 2 plus 4 Vertrages gestritten wird. Die Erkenntnis, dass ohne Frieden sozialpolitische Maßnahmen nicht umzusetzen sind und Kriegstüchtigkeit zu weiteren Sozialabbau führt, haben uns veranlasst, unter Nutzung des 35. Jahrestages des Abschlusses des 2 plus 4 Vertrages in Briefen an den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen und an den Präsidenten des Landtages Sachsen die konsequente Einhaltung der Festlegungen dieses Vertrages hinsichtlich des Ausschlusses der Territorien der ostdeutschen Bundesländer von jeglichen militärischen und kriegerischen Maßnahmen der NATO zu fordern und unsere Erwartung zum Ausdruck zu bringen, dass sich das Land Sachsen für eine konsequente Friedenspolitik in Übereinstimmung mit diesem Vertrag einsetzt.

Unsere Position, immer wieder für unser Rentenrecht zu streiten und uns für die Beendigung aller Kriege, die Abwendung eines Atomkrieges in Europa und zur Sicherung und Erhaltung des Friedens einzusetzen, entspricht dem Wesen unserer Solidargemeinschaft und unseren Überzeugungen.

Gerald Böhm, Vorsitzender der TIG Leipzig

Willenserklärung

der Teilnehmer der Protestveranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e. V. vom 7. Oktober 2025



Wir, die Teilnehmer dieser Protestveranstaltung aus Anlass des Anschlusses der sozialistischen DDR an die imperialistische BRD vor 35 Jahren, haben uns versammelt, um unser Engagement für Menschenrechte, Antifaschismus und Solidarität zu dokumentieren und gegen die menschenfeindliche Politik der gegenwärtigen Bundesregierung zu protestieren.

Die Politik des Sozialabbaues, der Verteilung des Reichtums für die oberen Schichten, die weltweite Beteiligung an Kriegen und die Faschisierung der Gesellschaft nimmt mit dem verabschiedeten Haushalt 2025 volle Fahrt auf. Für die große Mehrheit der Bevölkerung und insbesondere große Teile der ostdeutschen Bevölkerung haben sich in den letzten Jahren keine Verbesserungen ihrer Lebenslage ergeben. Löhne und Renten im Osten hinken weiter hinter dem Westniveau her. Die Anzahl der Arbeitslosen und der „Bürgergelt-Empfänger“ ist ständig gestiegen. In einem der reichsten Länder der Welt wird einer steigenden Anzahl von Menschen nur durch Almosen ein Leben am Existenzminimum gewährt, und selbst dieses soll im Interesse einer maßlosen Hochrüstung gekürzt werden. Mit allen Mitteln, auch auf die Gefahr eines Atomkrieges hin, soll die drohende Niederlage der Ukraine, die im Interesse der Imperialistischen Hauptmächte Krieg gegen Russland führt, verhindert werden. Mit einem auf Lügen beruhenden Propagandafeldzug sollen die Völker Europas auf einen Krieg gegen Russland eingeschworen werden. Und Deutschland spielt dabei den Vorreiter.

Dagegen protestieren wir.

Neue US-Mittelstreckenwaffen, die in Deutschland als Erstschlags- und Enthauptungswaffen ab 2026 gegen Russland stationiert werden sollen, erhöhen

Sommertreffen - TIGs - Chemnitz



Am 26.09.2025 fand das Sommertreffen unserer TIGs statt. Zahlreiche Mitglieder und zum Teil deren Ehepartner waren der Einladung des Veranstalters - UTIG 1 der Stadt Chemnitz - gefolgt. Bei Kaffee/ Kuchen sowie Steak/ Roster und leckeren Getränken war es ein kollektives Zusammentreffen unserer Mitglieder/innen aus allen Stadtteilen und umliegenden Orten der Kulturhauptstadt, sowie mit unseren Freunden von der

TIG Stollberg/ Erzgebirge. Das Treffen war geprägt von vielen individuellen Gesprächen zu Themen unserer früheren beruflichen Tätigkeit zu DDR - Zeiten und zur Gestaltung der Arbeit unseres Vereines. Dabei ging es vorrangig um die gegenseitige soziale Unterstützung und um die umfassende Information unserer Mitglieder zu vielen Fragen des Alltages im gegenwärtigen Zeitgeschehen.

Hervorzuheben ist dabei der sehr informative Beitrag unseres Mitgliedes Heinz Engelhard über seine Tätigkeiten, auch außerhalb von ISOR e.V. Dieses Zusammentreffen hat sowohl das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt und trug auch wesentlich zur weiteren aktiven Mitwirkung jedes Einzelnen in unserem Verein bei.

Dietmar Schulze, TIG Chemnitz

die Spannungen drastisch und machen Deutschland zur strategischen Zielscheibe.

Wir fordern von der Bundesregierung: Frieden mit Russland und China und allen anderen Völkern!

- Stopp des Hochrüstungskurses! Stattdessen Abrüstung und Einsatz der freiwerdenden Mittel für Soziales, Bildung, Gesundheit, Kultur und den Schutz der Umwelt!
- Nein zur Wehrpflicht!

- Keine Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen!
- Keine Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel sowie Stopp von Rüstungsexporten in alle Welt!
- Stopp der Militarisierung der Gesellschaft! Keine Unterordnung von Gesundheitswesen, Bildung und Wissenschaft unter Kriegstüchtigkeit!
- Keine „Staatsräson“, die die völkerrechtswidrige Kriegs-, Entrechtungs-, Enteignungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik Israels rechtfertigt!

- Nein zu Wirtschaftssanktionen, die nicht von der UN beschlossen wurden, sie sind völkerrechtswidrig!
- Den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag! Die Durchsetzung dieser Ziele erfordert die nationale und internationale Einheit aller friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte. Wir setzen uns für Bündnisse aller friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte in Deutschland ein und unterstützen aktiv gemeinsame Aktionen für Frieden und gegen Sozial- und Demokratieabbau.

Imperialismus heute heißt: Reaktion, Diversion, Aggressivität, Krieg Staatenbeziehungen müssen neu geordnet werden (4. oktober 2025)



Anton Latzo

Wir leben in einer Phase der internationalen Auseinandersetzungen, in der nicht nur die sozial-ökonomischen und politischen Verhältnisse in den Staaten, sondern auch die Beziehungen zwischen den Staaten und Staatengruppierungen eine tiefgreifende Veränderung erfahren. Ihre Geschichte lässt uns Wurzeln und Wesen besser erkennen.

Die Alliierten zeigen ihr wahres Gesicht
Bereits im Sommer 1946 veröffentlichte John F. Dulles seine programmatische Schrift „Gedanken über die sowjetische Außenpolitik und darüber, was mit ihr zu tun ist“. Darin versuchte er, eine „sowjetische Bedrohung der freien Welt“ nachzuweisen, rief er zum totalen Kampf gegen die UdSSR, zur Errichtung kapitalistischer Verhältnisse in den vom Faschismus befreiten osteuropäischen Staaten und zur Einkreisung der Sowjetunion durch einen „cordon sanitaire“ auf. Schon während der Potsdamer Konferenz wurde versucht, mittels der Drohung mit der Atombombe Druck auf die Sowjetunion auszuüben. Danach wurden die Truman-Doktrin verkündet, der Marshallplan aufgelegt, die Politik der „Eindämmung des Kommunismus“ eingeleitet.

Begleitet von einer staatlich organisierten und finanzierten Propaganda über die „rote Gefahr“, die „sowjetische“, die „Gefahr aus dem Osten“ wurden aggressive Aktionen in den durch die Sowjetunion befreiten Staaten

durchgeführt, die den politischen Spielraum ausnutzen sollten, um eine progressive Entwicklung zu verhindern und den Einfluss der USA und Großbritanniens in dieser Region sichern sollten.

Nachdem in den 1950er Jahren in Korea, in der DDR, in Ungarn und Polen es den von den USA geführten und eingesetzten Kreisen nicht gelungen ist, ihre konterrevolutionären Ziele zu erreichen, und auch die Politik der Stärke, der atomaren Erpressung und der Drohungen „massiver Vergeltung“ gegenüber der Sowjetunion nicht die erhofften Ergebnisse brachte, kam es in den 1960er Jahren zu einer Veränderung in der taktischen Linie des Imperialismus im Kampf gegen den Sozialismus.

Unter „Vordenker“ Henry Kissinger wurde zu „neuer Denkweise“ aufgerufen, um effektivere Methoden des Kampfes gegen den Sozialismus zu finden. Dabei wurde vorgeschlagen, den ideologischen Mitteln des Antikommunismus einen gewichtigen Platz einzuräumen. Es wurde verlangt, einen neuen „elastischen“ außenpolitischen Kurs gegenüber Osteuropa zu verfolgen. In einer Serie von Studien wurden dazu Empfehlungen ausgearbeitet, zu deren Autoren u.a. auch Zbigniew Brzezinski gehörte. Ein Ausgangspunkt besagte, dass „im Zeitalter der Ideologie... politische Handlungen, um erfolgreich zu sein, mit Ideen verbunden werden (müssen)“.

In der Studie „Ideologie und Außenpolitik“ wurde als erstes der „wichtigsten amerikanischen Ziele“ „Schaffung von Voraussetzungen für die Erosion der militanten Aspekte der kommunistischen Ideologie“ gesehen. Um dieses Ziel zu erreichen, „müssen die Vereinigten Staaten bestrebt sein, breite Kontakte mit der Intelligenz im sozialistischen Machtbereich und letztlich mit Politikern mittlerer und höherer Ebenen zu entwickeln, in der Hoffnung darauf, dass es gelingt, ihre ideologischen Überzeugungen zu beeinflussen.“

Weiter wurde empfohlen, nationalistische Tendenzen in und zwischen den sozialistischen Staaten zu fördern sowie „innere Zwistigkeiten“ und ideologische Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen sozialistischen Staaten auszunutzen.

J.F. Kennedy stellte in seinem Buch „Strategie des Friedens“ fest, dass „die Politik der Befreiung“ sich als „Irrtum erwiesen hat“. Er forderte, an die sozialistischen Länder „differenziert heranzugehen“. Er hielt es für zweckmäßig, die Länder, die sich zu einer Abschwächung ihrer Beziehungen mit der Sowjetunion bereit zeigen würden, wirtschaftlich „zu fördern“. G.F. Kenan, W. Griffith, Z. Brzezinski, W. W. Rostow u.a. entwickelten – daran anknüpfend – ein System, an die sozialistischen Länder „differenziert“ heranzugehen, sie in von der UdSSR „lösbar“ und „nicht lösbar“ aufzuschlüsseln und die ersteren so zu behandeln, dass ihre „friedliche Einbeziehung“ in die Sphäre des kapitalistischen Systems erfolgen kann.

Im Juni 1963 formulierte J.F. Kennedy die Grundlage für die taktische Linie der Politik, die als „Politik des Brückenschlags“ bekannt wurde. Er rief zum „Austausch von Ideen und Menschen“ auf, um – wie er sagte – „die Samenkörner der Freiheit in beliebige Risse des Eisernen Vorhangs zu säen“ und zwischen die sozialistischen Länder „Keile zu treiben“. Präsident L.B. Johnson erklärte daran anknüpfend: „Das werden Brücken der Erweiterung des Handels, der Ideen, des Tourismus und der menschlichen Hilfe sein“.

...



Weiterlesen:
https://www.isor-sozialverein.de/cms/fileadmin/user_upload/isor/pdf/Artikel/251004-Artikel_Imperialismus_heute.pdf



GEOPOLITIK IM ÜBERBLICK

Deutschland – USA – EU – Russland,
Wolfgang Bittner
Berlin, 2025, ISBN:
978-3-910568-23-5,
14,80 EURO

Deutschland soll »kriegstüchtig« werden, und die Berliner Regierung hat astronomische Ausgaben für die Aufrüstung bereitgestellt.

Denn angeblich will Russland nach der Ukraine Westeuropa erobern, obwohl es dafür keinerlei Belege gibt und Putin solche Absichten niemals geäußert hat. Trotzdem wird in einem Maße hochgerüstet, dass inzwischen ein dritter Weltkrieg nicht mehr auszuschließen ist. Was aber zur gegenwärtigen

prekären Lage geführt hat, scheint weder die Politik noch die meisten Medien zu interessieren. Hat Russland durch den Einmarsch in die Ukraine tatsächlich die »friedliche europäische Sicherheitsarchitektur« zerstört? Gab es nicht eine Vorgeschichte, die schlicht verschwiegen wird? Während Deutschland auf den wirtschaftlichen Ruin zusteuert, will Kanzler Friedrich Merz die Führung in der Russland herausfordernden NATO übernehmen. Es gibt kaum Widerstand gegen diese destruktive Politik, ebenso wenig gegen die übermäßige Reglementierung, Digitalisierung und Überwachung, den Weg nicht nur Deutschlands in den Totalitarismus. Wie aber steht es um die deutsche Souveränität? Und welche Folgen wird die sich global abzeichnende Verschiebung der Machtverhältnisse haben, nachdem sich viele Staaten der Dominanz der USA entziehen? Fragen, die auf den Nägeln brennen und die es zu beantworten gilt.

Die Zusammenarbeit weiter vertiefen!

Treffen der Regionalgruppe „Georg Schumann“ am Vorabend des 76. Jahrestages der Gründung der DDR

Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR e. V. (VTNVAGT e. V.)

Am 27. September trafen sich die Mitglieder der Regionalgruppe des VTNVAGT e. V. im „Kulturhaus Eutritzsch“, um den 76. Jahrestag der Gründung der DDR zu würdigen. Einig waren wir uns, die Friedenspolitik unseres Landes DDR und seiner bewaffneten Kräfte auch weiterhin zu vertreten. Als Gast konnten wir den Stellvertretenden Vorsitzenden von ISOR, Gerald Böhm, begrüßen, der auch Vorsitzender der TIG Leipzig ist. Zu Beginn konnte ich im Auftrag des Vorstandes unseren Genossen Siegmund Mai und Genossen Böhm mit der Ehrennadel des Verbandes auszeichnen. Fregattenkapitän a.D. Rudolf Ludwig, ausgezeichnet mit einer Ehrenurkunde, war leider nicht anwesend, aber die Auszeichnung wird in den nächsten Tagen überreicht.

Einer der Diskussionspunkte war der „Vorschlag“ von Herrn Bartsch, ehemalige Angehörige der NVA zu Reservisten der Bundeswehr zu machen. Die Kommentare dazu waren deftig. Rätselhaft, wie ein „linken“ Politiker zu derartigen Schlüssen gelangt! Auf Grund seines Lebensalters sollte er noch Geschichtskennntnisse haben, die man bei den jüngeren Generationen leider

nicht erwarten kann. Andreas Hennig, Leiter der korporativen Technikgruppe Anhalt-Bitterfeld und Mitglied unserer RG, berichtete über seine friedenspolitischen Aktivitäten in seiner Region und die Probleme des Handwerks, vom Herbst der Reformen und Abbau der Bürokratie keine Spur.

Mit Genossen Böhm waren wir uns einig, die Zusammenarbeit zwischen unseren Verbänden weiter zu intensivieren. Dies erfordert die demografische Entwicklung, wie auch unsere gemeinsamen gesellschaftlichen Anliegen!

Friedemann Munkelt, TIG Leipzig

* IN EIGENER SACHE *

LIEBE TIGS,

wir möchten euch herzlich darum bitten, die Einträge auf unserer Internetseite unter der Rubrik „Von Mitglied zu Mitglied – Angebote an Ferienwohnungen/Bungalows“ zu überprüfen. Bitte teilt uns mit, welche Angebote noch aktuell sind und welche gegebenenfalls entfernt werden können.

Sollten wir keine Rückmeldung erhalten, gehen wir davon aus, dass diese Einträge nicht mehr aktuell sind.

Vielen Dank für eure Mithilfe!

IMPRESSUM

Vorsitzender: Joachim Bonatz
Postanschrift: ISOR e. V.
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Herausgeber: ISOR e. V.
V.i.S.d.P.: Steffen Haupt
Redaktion: Steffen Haupt
E-Mail: isor-aktuell-redaktion@t-online.de

Vertrieb: Peter Ott,
isor-berlin@t-online.de

Layout: Ulrike Schiga,
LibelleDeko

Herstellung: MediaService
Internet: www.isor-sozialverein.de

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich Sinn wahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 21.10.2025
Print- und Internetausgabe: 04.11.2025
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.11.2025

Geschäftsführerin: Anja Mewes
Di: 9-16 Uhr
Mi: nach telefon. Vereinbarung
Tel.: 030 297843-16
Fax: 030 297843-20
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Rente/Soziales: Peter Ott
Di: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-15
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Schatzmeister und Statistiker:
Bernd Hartmann (Home-Office)
Di: Bürottermine und nach tel. Vereinbarung

Mi: 8-16 Uhr
Tel.: 03338-750 76 92
Fax: 03338-750 76 91
E-Mail: isor-finanz-stat@t-online.de

AG Soziales und Betreuung:
Florian Münter
Telefon: 0151 - 41 46 65 51
Email: isor-sozialebetreuung@t-online.de

Buchhaltung: Sonja Franz,
Mo-Do: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-19
E-Mail: isor-finanz2@t-online.de

Bankverbind.: Berliner Sparkasse
Empfänger: ISOR e.V. Berlin
IBAN:
DE43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEBEXXX